

Die Stadt mit dem zu engen Korsett

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **43 (1968)**

Heft 4

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-103783>

Nutzungsbedingungen

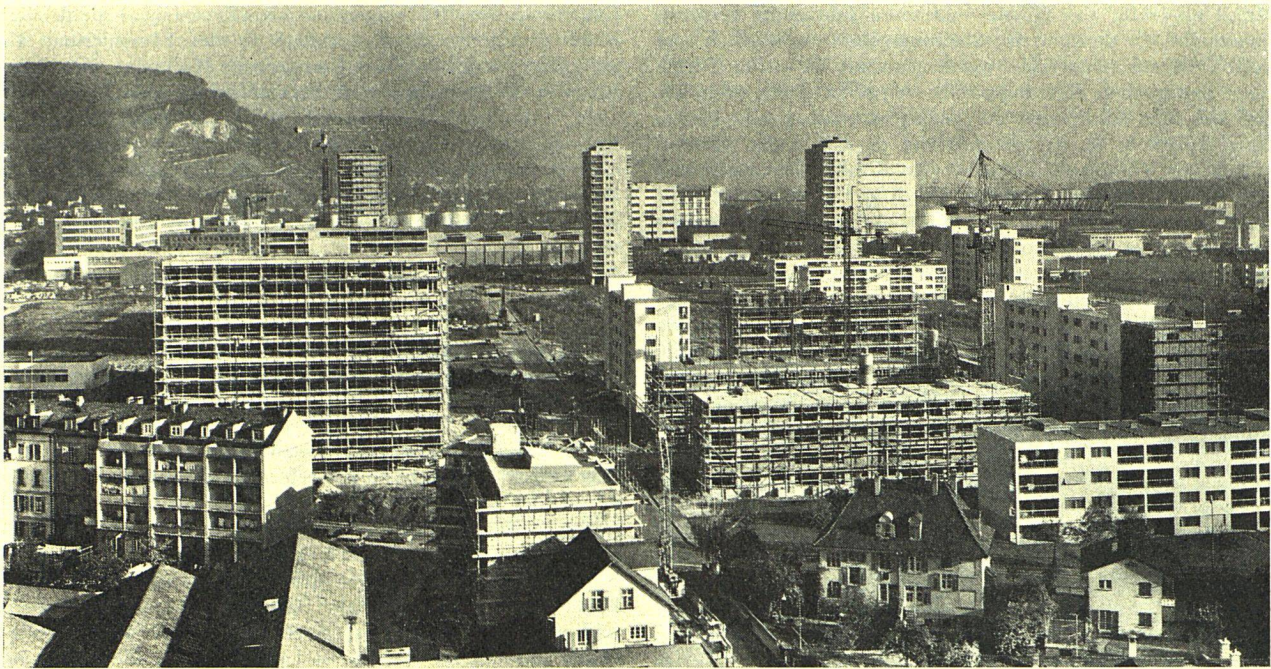
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die Stadt mit dem zu engen Korsett

Basel vor seinen letzten Landreserven – Das Dilemma der Bau- und Wohngenossenschaften

Baselstadt hat peinliche Wachstumsbeschwerden. Die Bevölkerung hat im vergangenen Jahr zwar abgenommen. Doch weiss man nicht so recht weshalb. An und für sich scheint diese Entwicklung nicht schlimm – auch in anderen Städten geht es von der City hinaus aufs Land. Doch in Basel spielt – wie sonst nirgends in dieser Masse – der Mangel an einigermaßen erschwinglichen Wohnungen wesentlich mit hinein.

Wo diese Wohnungen, die theoretisch mit allerhand Beiträgen von Bund und Kanton rechnen könnten, hinstellen, wenn auf Kantonsgebiet kaum mehr freies Land vorhanden ist, auf dem zu vernünftigen Preisen rationeller Siedlungsbau betrieben werden könnte?

Um Platz zu schaffen, werden wohl preiswerte Altwohnungen nach Noten abgerissen – im vergangenen Jahr waren es 479 –, aber mit diesen Zahnlückenmethoden können und sollen in der Regel ja keine billigen Wohnungen erstellt werden. Die dabei zu kalkulierenden Landkosten sind zudem so hoch, dass die gesetzlichen Voraussetzungen, um Mittel aus den Fonds für den sozialen Wohnungsbau zu erhalten, bei weitem nicht erfüllt werden können.

Im Blick auf die im Jahre 1967 erstellten 1143 Wohnungen muss das kantonale Statistische Amt feststellen, dass Basel seit 1947

nie mehr eine derart geringe Wohnungsproduktion

verzeichnet hat. Und wenn man die durch Abbrüche verlorenen abzieht, verbleiben für das ganze Jahr 1967 noch 650 Wohnungen.

So ist also die schon längst alarmierende Situation im Kanton Baselstadt: kein Land mehr für grosszügige Bauweise – im übrigen nur noch Abbruchhäuser, für die ebenfalls am Rande der kalkulatorischen Vernunft laufende Kaufpreise bezahlt werden müssen; da verbleibt für die baugenossenschaftliche Initiative nicht mehr viel Spielraum.

Die Basler Wohngenossenschaften dürfen zwar eine bescheidene Genugtuung darin empfinden, dass ihr prozentualer Anteil an den im vergangenen Jahr erstellten Wohnungen von 2,7 auf 8 Prozent gestiegen ist; von den 1143 Wohnungen haben sie 92 erstellt. Von den 1604 im Jahre vorher waren es nur 43 und von den 1932 im Jahre 1965 sogar nur 14 (0,7 Prozent).

Diese Zahlen bringen zwar keineswegs zum Ausdruck, was die Basler Genossenschaften überhaupt geleistet haben. Eine Reihe von ihnen überschritt auf der Suche nach geeignetem Land die Kantons Grenzen. Sie zogen aus eigenem Antrieb die Konsequenzen der ihnen in ihrem Kanton auferlegten Enge und taten das, was in Zukunft in noch stark vermehrtem Masse geschehen muss, wenn das Wohnungsproblem in Basel einigermaßen sinnvoll gelöst werden soll.

Das Wirtschaftsleben selbst hat sich schon längst über die kantonalen Grenzmarkierungen hinweggesetzt. Seit Jahrzehnten gehen die Ströme herüber und hinüber. Tausende und aber Tausende finden aus dem Baselbiet in Basel Beschäftigung – und umgekehrt. Sie füllen am Morgen und Abend die Vorortzüge. Sie fahren gut dabei.

Ungemein harzig ging und geht es jedoch zu bei der Schaffung von Wohnungen und den mit der Wahl des Wohnsitzes zusammenhängenden rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen. Die massgebenden Behörden – in erster Linie die Regierungen – beider Basler Kantone haben in ihrem Bemühen um eine neuzeitliche, den Bedürfnissen der Zukunft Rechnung tragende Wohnungspolitik kein Ruhmesblatt aufzuweisen. Es wurden – obwohl sich die Entwicklung schon

längst eindeutig abzeichnete – kostbare Jahrzehnte verpasst. Jahrzehnte, in denen weite Siedlungsgebiete willkürlich und verschwenderisch überbaut wurden, anstatt sie in den Dienst einer organischen Siedlungspolitik zu stellen. Sollte es in absehbarer Zeit tatsächlich zur Wiedervereinigung der beiden Basel kommen, so werden sich die dann für den Kanton gemeinsam Verantwortlichen vor den Kopf schlagen und sich mit Recht beklagen, dass ihre Vorgänger in falsch verstandener Eigenständigkeit einer Streubauweise die Zügel schiessen liessen, die die Lösung des Wohnproblems für die bevölkerungsreiche Agglomeration äusserst schwer macht.

Erst in jüngster Zeit mehren sich die Zeichen, dass auch auf diesem Gebiete das Eis zwischen den Regierungen gebrochen ist und eine etwas zielbewusstere Zusammenarbeit ins Auge gefasst wird. Es geht ja nicht nur darum, Land für den Bau von Wohnungen ausfindig zu machen. Um Bewohner der Stadt Basel zum Wohnen im benachbarten Kanton zu ermuntern, erwarten diese gewisse Garantien in bezug auf die Besteuerung, die Sozialabgaben, die Sozialversicherung, die Verbesserung des Verkehrs, der Schulmöglichkeiten usw. Es spielt hier eine ganze Reihe wichtiger Sorgen gerade für sozial schwächere Schichten mit hinein, die der Klärung rufen. Der Kanton Baselstadt scheint heute soweit zu sein, dass er seinen Einwohnern zugute kommende Siedlungsprojekte im Baselbiet mit öffentlichen Beiträgen zu dotieren bereit ist. Auch dürften ländliche Gemeinden jetzt bei der Lösung all der mit ihrer Infrastruktur zusammenhängenden Fragen in der Stadt auf willige Ohren stossen.

So wird nach vielen verlorenen Jahren doch noch einiges korrigiert – was gemeindliche und kantonale Selbstbeschränkung während allzulanger Zeit versäumt hat. Nicht verschwiegen sei, dass viele um die Unterbringung der Basler Besorgte ihre Blicke sogar

über die Landesgrenzen

schweifen lassen, um etwa im Elsass – im Sinne der Bestrebungen um die «Regio» – Möglichkeiten zur Gewinnung von Bauland zu günstigen Bedingungen ausfindig zu machen.

Ein Glück, dass Baselstadt schon früh mit einer weitsichtigen Landerwerbpolitik im Kanton Baselland begonnen hat. So stehen heute einige Komplexe bereit, auf denen gebaut werden kann. Zu diesen gehört das Sternenfeld in Birsfelden, der frühere Flugplatz. Hier entwickelt sich zurzeit das grösste Bauprojekt in der Umgebung von Basel, eine Siedlung für etwa 3500 Menschen, eine geschlossen konzipierte Wohnkolonie mit Garagen, Einkaufszentrum, Schule, Restaurant – ein Dorf im Dorfe.

Vier Fünftel der 122 000 m² unbebauten Bodens waren im Eigentum der Einwohnergemeinde Baselstadt und ein Fünftel im Besitz einer privaten Immobiliengesellschaft. Aus dem Wettbewerb mit 26 verschiedenen Entwürfen schlangen die Architekten Löw und Manz in Basel obenauf. Die Einwohnergemeinde der Stadt Basel vergab einen Grossteil ihres Areal

im Baurecht an Genossenschaften und andere Bauherrschaften,

welche ihrerseits die Ausarbeitung der eigentlichen Bauprojekte an die verschiedensten Architekten übertrugen.

Das Wettbewerbsprogramm und das erstprämierte Projekt hatten eine starke Differenzierung der Wohnungsgrössen und -typen vorgesehen, welche automatisch auch zu einer starken Differenzierung der Bevölkerung geführt hätten. Es hat sich jedoch gezeigt, dass fast ausschliesslich gleichartige Wohnungen von 3 bis 4½ Zimmern gebaut werden, während Klein- und Grosswohnungen nur noch vereinzelt vorgesehen sind. Es dürften wahrscheinlich noch fünf Jahre vergehen, bis die Bebauung abgeschlossen sein wird.

Auf dem Sternenfeld sind die Baugenossenschaften in ausgezeichnete Position. Zum Zuge kamen hier besonders die

Organisationen des eidgenössischen Personals – dank den ihnen gesicherten Erleichterungen in der Finanzierung. Es galt, einer starken sozialen Komponente Rechnung zu tragen. Mit von der Partie auf dem Sternenfeld ist jedoch auch der freie, nicht durch öffentliche Mittel unterstützte Wohnungsbau – selbstverständlich mit entsprechend höheren Mietzinsen, aber trotzdem noch günstigen, da die Verwirklichung eines derart grosszügigen und zugleich sparsam konzipierten Projektes manches Postulat moderner Bauökonomie zu erfüllen vermag.

Es wird auch in Zukunft meistens nicht anders gehen, als dass sich

die Baugenossenschaften irgendwie in einem Konsortium mit anderen Bauträgern – sei es öffentlichen oder privaten – zusammenfinden,

um in klarer Aufteilung der Bauaufgaben ihrem sozialen Auftrag gerecht zu werden und doch aus der rationellen Organisation, der gemeinsamen Technik und Ausführung und vielleicht sogar der Finanzierung den grösstmöglichen Nutzen für die angeschlossenen und neuen Mitglieder zu erreichen.

So hat sich – direkt neben der in der ganzen Schweiz bekannten genossenschaftlichen Siedlung auf dem Jakobsberg und zur Vervollständigung derselben – auf dem noch verbliebenen unbebauten Nachbarland eine AG gebildet, der eine Wohngenossenschaft angehört, die sich mit ihren 54 Wohnungen in fünf Wohnblöcken in einen Gesamtkomplex von 150 Wohnungen einfügt. Vertreten sind hier sowohl das Ein- und Mehrfamilien- wie auch das Hochhaus. Einzelbesitzer und Genossenschaft arbeiten – noch differenzierter als auf dem Sternenfeld – gemeinsam an der Verwirklichung eines hochwillkommenen Gesamtprojektes, das recht verschiedenartige Bevölkerungsgruppen vereinigt. Zu bedauern bleibt es trotzdem, dass es seinerzeit nicht gelang, diesen Teil des Jakobsbergareals, der zunächst unüberbaut blieb, der bestehenden Siedlungsgenossenschaft auch organisatorisch anzufügen und so bei aller Freiheit des einzelnen einem schon etwas organisch Gewachsenen und lebendigen sozialen Körper in gleicher menschlicher Zielsetzung ein neues Glied einzuverleiben.

Noch weitere Basler Wohngenossenschaften sind aufs Land hinausgezogen, um dort für ihre Mitglieder Wohngelegenheiten zu sichern. So nach Münchenstein und nach Therwil; die Basler Sektion des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen selbst zog ins Leimental bis nach Ettingen mit einem eigenen Projekt, um so Pionier für die Erkenntnis zu sein, dass sich die Stadtbasler Wohngenossenschaften aufrütteln, gewinnen und anspornen lassen müssen – den staatlichen Bemühungen voraus – tatkräftige Zeichen der Verantwortung aufzurichten.

Auf diese Weise wird auch der wohngenossenschaftliche Gedanke im Baselbiet an sich gestärkt. Der Bund Basler Wohngenossenschaften umfasst ja Wohngenossenschaften beider Kantone und bringt mit der Ausdehnung seiner Tätigkeit auf die Landschaft Hoffnung und Initiative in neue, sich im steten Wachstum befindende Bevölkerungsschichten.

Natürlich wäre es wünschenswert, dass sich noch viele Basler Wohngenossenschaften, die nach getaner Arbeit in den zwanziger und dreissiger Jahren ihr damals Errungenes all die Jahre hindurch in bewusster Selbstbescheidung hegten und pflegten, in den Kreis der Aktiven und nach wie vor verantwortungsbewusst Vorwärtsdrängenden einreihen würden. Es ist zu hoffen, dass sie sich mit der Zeit zum mindesten als finanzielle Mitträger der Bauwilligen erweisen – wie sie das zum Teil in erfreulicher Weise im Rahmen des Solidaritätsfonds tun.

Eine ganze Reihe hat natürlich auch einen erklecklichen Nachholbedarf. Ein prominentes Beispiel für kühne Entschlüsse lieferten vor kurzem vier Wohngenossenschaften, die in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeiten der Zeit den

Alleingang aufgaben und für 263 Familien in 52 Mehr- und 78 Einfamilienhäusern eine gemeinsame Fernheizung einrichteten. Die mit vielen Eigenleistungen verbilligte Anlage erregte schon mannigfach Bewunderung und weist den Weg zu weiteren Fortschritten.

So dürfen wir heute aus einer Reihe von ermutigenden Zeichen feststellen, dass sich die Basler Wohngenossenschaften durch das der Stadt immer unbequemer werdende Korsett die Luft nicht abschneiden lassen. Ihre Möglichkeiten sind

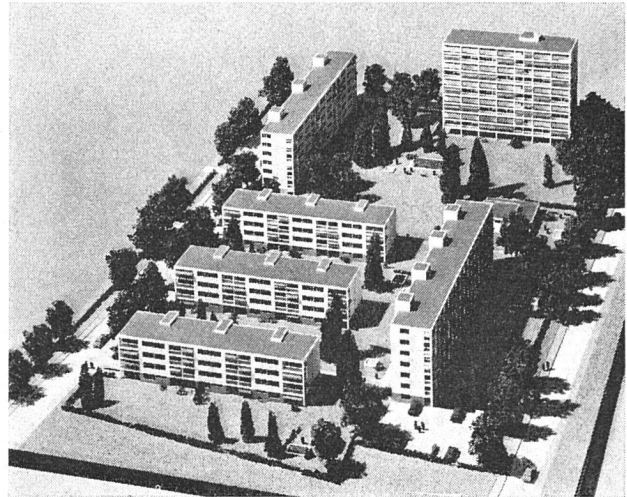
noch bei weitem nicht erschöpft. Allein der eigene, noch verstärkte Zusammenschluss liesse noch manches Projekt reifen. Trotzdem hoffen auch sie auf die Weitsicht der politischen Behörden beider Kantone, dass diese das tun, was die gesunde soziale, wirtschaftliche, soziologische Struktur der Region verlangt. Das wird mithelfen, die genossenschaftliche Initiative wieder mit jenem Schwung zu erfüllen, ohne den eine echte, menschliche Lösung der Wohnungsfrage kaum denkbar ist.

Dr. Walter Ruf

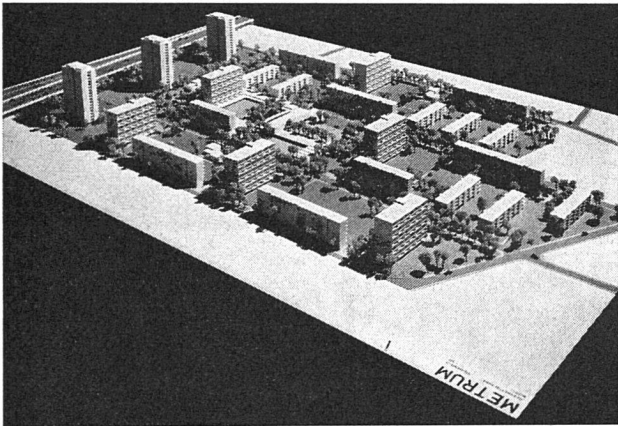
Unsere Photos:

1 Die Abbildung zu Beginn unseres Artikels zeigt den derzeitigen Stand der Verwirklichung der Sternenfeldüberbauung. Zum Teil sind die neuen Bewohner schon eingezogen. Im Hintergrund kommen Tanks und Lagerhäuser des Auhafens zum Vorschein. Ganz knapp am linken Rand ist noch der Rhein ersichtlich, der unterhalb der Rebenhänge des schon im Badischen liegenden Grenzacher Hörnli durchfließt. Die Hügelzüge sind Vorläufer des Schwarzwaldes. Ganz im Vordergrund Häuser des Dorfes Birsfelden, das mit seinen in den letzten Jahren emporgeschossenen Hochhäusern immer mehr den Charakter einer modernen Stadt erhält.

Photo Cécile Zimmer



2



2 Die von den Architekten Löw und Manz in Basel ausgearbeitete Gesamtüberbauung des Sternenfeldes in Birsfelden. Sie ist gedacht für 3500 Bewohner, in besonderer Weise die Mitglieder von vier Wohngenossenschaften.

3 Ein Teil der Überbauung auf dem Sternenfeld. Er wurde noch nicht in Angriff genommen, wird jedoch die jetzt der Fertigstellung entgegenstehenden Teile sinnvoll ergänzen.

4 Der Vollendung entgegen geht droben auf dem Bruderholz auch das Projekt Jakobsberg, in dem eine Wohngenossenschaft mit ihren fünf dreistöckigen Wohnblöcken, das heisst 54 Wohnungen, etwa einen Drittel von deren Gesamtzahl betreut. Ganz links vor das Wäldlein wird das seinerzeit in der Volksabstimmung stark umstrittene Hochhaus zu stehen kommen. In der Mitte der linken Bildhälfte, neben dem Wäldlein, die im Laufe des letzten Weltkrieges begonnene, der Initiative von Persönlichkeiten um den VSK und weiteren Freunden und Organisationen des genossenschaftlichen Wohnungsbaues, auch der Basler Sektion des Verbandes für Wohnungswesen, zu verdankende Genossenschaftssiedlung Jakobsberg. Das auf unserem Bild direkt anschliessende noch freie Gelände gehört zu den allerletzten Landreserven auf Kantonsgebiet und dürfte in absehbarer Zeit ebenfalls überbaut werden.

Photo R. Rensch

4

